

KURZ UND PRÄGNANT

Mit Blick auf Verbot Doppelalimentierung

Die Linksfraktion macht die Personalführung der Landesregierung erneut zum Thema im Landtag. „Der Umgang der Landesregierung mit Personalangelegenheiten der Minister und Staatssekretäre wirft immer drängendere Fragen auf“, betonte Bodo Ramelow. Der Fraktionschef will von der Landesregierung wissen, ob bei Ministern und Staatssekretären vergleichbare Informationen zum parallelen Bezug von Einkünften abgefragt werden, wie es bei den Thüringer Landtagsabgeordneten üblich ist.

Mit Antritt ihres Mandats und bei jeder Veränderung während ihres Mandats müssten Abgeordnete deklariert über ihre Einkommen, Entschädigungen, Versorgungsbezüge und Rentenansprüche Auskunft erteilen. „Ein entsprechender Fragebogen müsste doch auch bei Ministern und Staatssekretären Verwendung finden - vor allem mit Blick auf das Verbot der Doppelalimentierung“, unterstrich Bodo Ramelow. Er verweist auf seine Anfragen und den offenen Brief an die Thüringer Ministerpräsidentin vom 19. September. Die Dokumentation ist nachzulesen unter www.die-linke-thl.de/themen. ■

Stromkosten: Absurde Sonderbehandlung

Offenbar fordern nun auch Thüringer Behörden wie das Innenministerium eine Sonderbehandlung bei den Stromkosten und wollen sich zumindest zum Teil von Netzentgelten freistellen lassen. „Das ist eine Entwicklung zum Schaden von Politik und auf Kosten der Bürger, die mit ihrer Stromrechnung genau diese Rabatte und Freistellungen ausgleichen müssen“, kritisierte Bodo Ramelow mit Verweis darauf, dass Netzentgelte unter den Verbrauchern aufgeteilt werden, die sich nicht von ihnen befreien lassen können. Damit müssten Bürger die Kosten für all die Sonderbehandlungen tragen.

Statt weiter für Ungleichbehandlung bei den Energiekosten zu sorgen, müsste Thüringen endlich einen Masterplan Energiewende und auch für eine umfassende Verwaltungsreform auf den Weg bringen. „Ziel muss sein, mit konzentrierter Verwaltung mehr Effizienz zu erreichen. Aber hier beschäftigt man sich offenkundig damit, wie sich die Behörden Kosten zu Lasten der Bürger vom Hals schaffen können. Das ist das Gegenteil von Bürgerfreundlichkeit.“ Die diese Anträge verantworten, „haben jeden Instinkt für die Situation der Bürger verloren“. Die LINKE wird dies im Parlament thematisieren. ■

Es sind keine Petitesse

Trinkaus-Untersuchungsausschuss: Regierung und Geheimdienst verheimlichen weiter

Es sind keine politischen Petitesse, die der Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags „V-Leute gegen Abgeordnete“ ans Licht fördert. In der 10. Sitzung des Ausschusses am 11. Oktober wurde wieder einmal deutlich: Landesregierung und Geheimdienst verheimlichen weiter, wenn es um die Neonazi-Szene und das Agieren der Behörden geht.

Der Untersuchungsausschuss soll klären, ob Regierung und Behörden von den Diffamierungs- und Unterwanderungsaktionen des früheren NPD-Funktionärs und Spitzels des „Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz“ (TLFV) gegen linke Abgeordnete, Gewerkschaften und Vereine wussten, sie duldeten oder gar förderten.

Fehlinformationen

Nach Erkenntnissen aus der letzten öffentlichen Sitzung des Ausschusses beauftragte am 5. November 2007 der damalige Thüringer Innenminister Karl-Heinz Gasser (CDU) das TLFV mit einer Prüfung, ob ein Verbot des Erfurter Neonazi-Sportvereins „SV Vorwärts e.V.“ möglich sei. Das Amt kam offenbar zu einem negativen Ergebnis, ein Verbot wurde nicht angestoßen. Der im Oktober 2006 gegründete Verein bot militanten Nazis Kampfsporttraining an, der V-Mann Trinkaus mittendrin.

Die Verbotsprüfung war vom Minister in Auftrag gegeben worden, nach-

dem im Oktober 2007 der „SV Vorwärts“ Bundestagsabgeordneten von CDU, FDP und Grünen eine Ehrenmitgliedschaft angeboten hatte und Grußkarten von ihnen illegal auf der Website der Erfurter NPD veröffentlichte. Trinkaus war vermutlich Initiator der Aktion, die die Abgeordneten diskreditieren und dem Sportverein ein demokratisches Image verschaffen sollte. Nur wenige Tage nachdem die Abgeordnete Renate Künast (Grüne) per Anwalt gegen die Veröffentlichung vorgegangen war, wurde der Verein Thema im Innenministerium. Während die Attacken auf Gewerkschaften oder Abgeordnete der LINKEN in den Behörden kaum interessierten, löste die Kompromittierung von Abgeordneten von CDU und FDP offenbar Betriebsamkeit aus.

Als die LINKE Anfang 2013 im Landtag die Landesregierung fragte, ob seit 1990 Neonazi-Vereine in Thüringen verboten wurden oder ob Verbote geprüft worden wären, bekam sie eine falsche Antwort. Verbote habe es nie gegeben, es sei aber das Verbot vom „Thüringer Heimatschutz“, der „Kameradschaft Eisenach“ und des „Toring-Vereins zur Thüringer Brauchtumpflege e.V.“ geprüft und negativ beschieden worden.

Die Verbotsprüfung gegen „SV Vorwärts e.V.“ führte die Regierung in ihrer Antwort auf die Anfrage nicht auf, obwohl das Ministerium auf höchster Ebene damit befasst war. Die LINKE hat nun als Reaktion auf die fehlerhafte Antwort eine weitere Anfrage einge-

reicht, um zu erfahren, warum die Regierung falsch informiert hat und ob es weitere verschwiegene Prüfverfahren gab. Geklärt werden muss auch, ob die führende Tätigkeit von V-Leuten in Neonazi-Organisationen Auswirkungen auf die Empfehlung des Geheimdienstes bei den Prüfungen hatte. Denn unter den bisher bekannten vier Verbotsprüfungen in Thüringen waren mindestens in zwei Organisationen V-Leute in einflussreicher Funktion tätig.

Überfall auf Journalisten

Am 1. Mai 2007 marschierten mehr als 1.000 NPD-Anhänger in Erfurt auf. Nachdem Neonazis die eingesetzte Polizei angriffen, wurde der Aufmarsch durch die Sicherheitskräfte abgebrochen. Im Anschluss kam es im Erfurter Hauptbahnhof zu einer weiteren Konfrontation. Ein Fotograf der „Thüringischen Landeszeitung“ (TLZ) wurde körperlich attackiert, Neonazis stahlen seine Kamera mit Bildern vom Tag. Erst ein extra eingesetzter Polizeitrupp konnte den verletzten Journalisten befreien.

„Ich dachte: Die schlagen mich tot“, sagte der Journalist. Täter konnten offenbar nie ermittelt werden, bis heute ist der Fotoapparat verschwunden. Soweit war das Geschehen bekannt. Doch seit kurzem ist klar, dass auch hier das TLFV mehr wusste als zugegeben. Trinkaus sagte der „Süddeutschen Zeitung“ (SZ; 11.10.2013), der Geheimdienst hätte damals „gesteigertes Interesse“ an den gestohlenen Fotos gehabt. Daher habe er sie in der Szene besorgt und seinem V-Mann-Führer übergeben.

Auf Anfrage der SZ, ob der Geheimdienst im Besitz von Fotos aus einer Kamera sei, „die einem Kameramann der Zeitung tlz gestohlen wurde“, bestätigte der Dienst, dass Trinkaus eine entsprechende „CD mit Bildmaterial“ übergeben habe. Doch angeblich habe Trinkaus „auf eigene Initiative“ gehandelt und nicht auf Bitte der Behörde. Im Untersuchungsausschuss konfrontierte DIE LINKE den damaligen Polizeichef von Erfurt, Raymond Walk, mit diesen Informationen. Für den damaligen Einsatzleiter war es offenbar neu, dass der Geheimdienst im Besitz der Fotos ist. Die Frage, ob das Wissen darum bei der Fahndung hätten helfen können, bejahte er.

Öffentliche Anhörung

Am 4., 8. und 15. November fährt der Ausschuss mit der Zeugenbefragung fort. Dann werden unter anderem der ehemalige Geheimdienst-Chef Thomas Sippel, der frühere Innenminister Karl Heinz Gasser (CDU), der heutige Staatssekretär im Innenministerium Bernhard Rieder sowie eine Reihe von Mitarbeitern aus dem Geheimdienst und dem Innenministerium befragt. Die Sitzungen sind öffentlich.

Unterstützung für die „Gestrandeten“

Einen Scheck der Alternative 54 e.V. überreichte der Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Bodo Ramelow, am 24. Oktober im Erfurter Jugendbüro feller an Renate Licht, Vorsitzende des ran e.V. und des DGB Thüringen.

Damit unterstützt die Alternative 54 - Verein der LINKEN Landtagsabgeordneten - das Engagement der DGB-Jugend für die „gestrandeten“ jungen Spanierinnen und Spanier, die von einer privaten Arbeitsvermitt-

lungsfirma im Stich gelassen wurden. Neben der rechtlichen Begleitung üben die jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter vielfältige praktische Solidarität: So wurde über mehrere Wochen u.a. das Jugendbüro feller zur allabendlichen Begegnungsstätte mit gemeinsamen Kochen und Entspannung.

„Nachdem die notwendigen Sofortmaßnahmen für die Spanierinnen und Spanier nach Auskunft des Thüringer Wirtschaftsministeriums erfolgt sind, ist es nun erforderlich, die politische Nachbearbeitung anzugehen, um eine solche Fehlentwicklung für die Zukunft zu verhindern“, sagte die Arbeitsmarktpolitikerin der LINKEN Ina Leukefeld. Sie verwies darauf, dass die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE für die nächste Sitzung des Landtagsausschusses für Wirtschaft und Arbeit einen Selbstbefassungsantrag eingebracht haben: „Wir wollen Mindeststandards, die die jungen Menschen absichern. Daher haben wir als LINKE zahlreiche Fragen, vor allem auch zu einer möglichen Mitverantwortung der DEHOGA Thüringen. Wir erwarten seitens des Wirtschaftsministeriums eine umfassende Stellungnahme zu unserem gemeinsamen Antrag.“

Thomas Völker



Paul Wellsow